Globale Internet Governance – wie weiter?

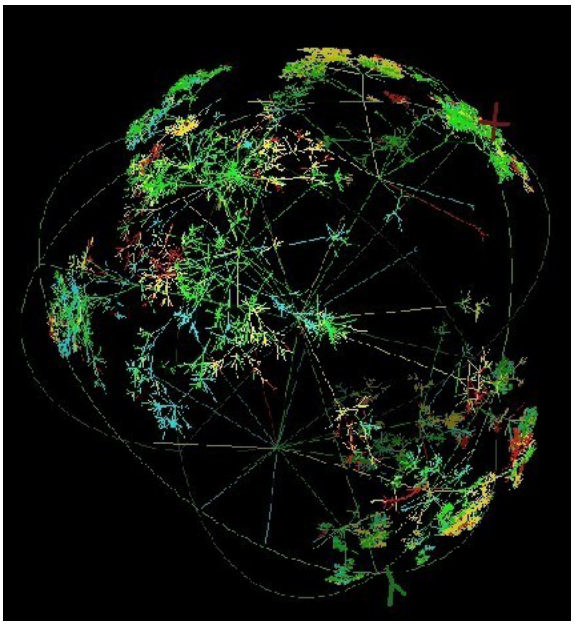
Mira Burri.

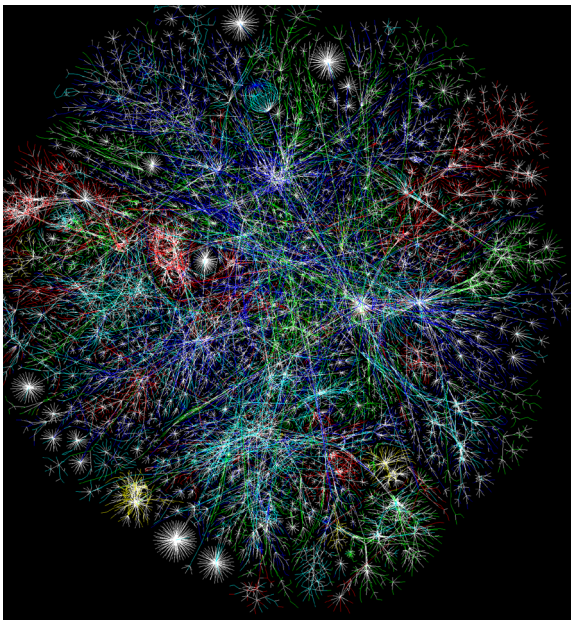
Das Internet prägt jede Facette des modernen gesellschaftlichen Lebens. Was als US-Militär-Experiment begann, verwandelte sich über die Jahre in eine Basistechnologie. Und obwohl man webutopischen Ideen mit Skepsis begegnen sollte, hat das Internet in der Tat wesentlich verändert, wie man arbeitet und kommuniziert, und bildet nun einen unabdingbaren Bestandteil der fundamentalen Menschenrechte, wie jüngst UN-Berichte bestätigen.

Von Mira Burri

Das Internet ist weder ein Plug-in-Gerät noch ein abstraktes Phänomen. Es erfordert die komplexe Zusammenarbeit verschiedener Technologien, die am besten zu verstehen sind als verteilt über drei Schichten – physische (Netzwerk und Hardware), logische (Protokolle und Software) und inhaltliche – auf welcher die eigentlichen Text-, Video- oder Audio-Messages platziert sind. Dieser Beschrieb mag hilfreich sein, beantwortet aber in keiner Weise die wichtige Frage, wer die Kontrolle über das Internet ausübt.

Die Suche nach der Antwort auf diese Frage führt zum Diskurs über die Internet Governance. Früher war dieser stark technisch fokussiert und nur in der Peripherie der öffentlichen Aufmerksamkeit – nun rückt er ins Zentrum heftiger politischer Diskussionen. Um wesentliche Dimensionen dieser Debatten zu verstehen, muss man zuerst wissen, dass auf internationaler Ebene keine Organisation zur Regulierung des Internets geschaffen wurde. Das einzige Forum mit einem klaren Mandat für Internet-Angelegenheiten ist die Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN). ICANN ist aber keine konventionelle internationale Organisation im Sinne der zwischenstaatlichen Kooperation und des Völkerrechts, sondern ein privates gemeinnütziges Unternehmen gemäss kalifornischem Recht. Der ICANN-Kompetenzbereich ist ebenfalls eher begrenzt und richtet sich auf technische (obgleich wichtige) Fragen, wie die Verwaltung der IP-Adressen und Domänennamen. Zugleich ist essenziell, dass vor dem Internet-Zeitalter entstandene Institutionen durch das Internet nicht irrelevant geworden sind.





source: https://doi.org/10.7892/boris.51996 | downloaded: 17.4.2024

Im Gegenteil, Organisationen wie die Internationale Fernmeldeunion (ITU) oder die Welthandelsorganisation (WTO) bestimmen wesentliche Elemente der regulatorischen Umgebung des Internets. So reguliert die WTO den Gesamthandel mit IT-Produkten, Telekommunikations- und Medien-Dienstleistungen, sowie den Schutz geistigen Eigentums. Insgesamt ist der Bereich der globalen Internet Governance durch Komplexität und Anfechtung geprägt – zahlreiche Akteure unterschiedlicher institutioneller Herkunft und Legitimität behaupten ihre Kompetenz. Dieses Bild wird nur komplexer durch die Anwesenheit neuer Akteure, welche nicht an Staaten gekoppelt sind, sondern Interessen wirtschaftlicher, technischer oder zivilgesellschaftlicher Kreise oder gar einzelner Individuen vertreten, die durch das Internet ermächtigt sind, aktiv an den Debatten teilzunehmen.

Dennoch ist der Nationalstaat von vorrangiger Bedeutung. Obwohl der digitale Datenfluss nicht an nationalen Grenzen halt macht, regulieren Staaten unilateral verschiedene Aspekte des Internets. China ist ein anschauliches Beispiel tiefgreifender Internet-Zensur, aber bestimmt nicht das einzige. Fast alle Staaten, auch demokratische, üben Kontrolle auf jeder Schicht des Internet-Modells aus – durch Einschränkungen des Netzes, der Software oder des Inhalts. Je höher der Entwicklungsgrad digitaler Technologien und die Verfügbarkeit von Big Data, desto einfacher wird die staatliche Kontrolle. Die Snowden-Enthüllungen haben die Breite und die Tiefe der Überwachung, sowie die fehlende Transparenz des staatlichen Handelns klar aufgezeigt.

Die Snowden-Affäre könnte aber auch gewisse positive Auswirkung haben. Sie hat das bestehende System der globalen Internet Governance erschüttert und verursachte im Nachgang nicht nur heftige Reaktionen, sondern führte auch zu konkreten Anstrengungen, grundlegende Werte wie Sicherheit und Privatsphäre im Cyberspace zu schützen. Der bisher am weitest gehende Versuch in diesem Kontext wurde von der etwa sonderlichen politischen Allianz zwischen der brasilianischen Präsidentin Rousseff und dem Präsident von ICANN, Fadi Chehadé, initiiert und konnte in den letzten Monaten an kritischer Masse gewinnen. Der Höhepunkt dieser Bemühungen wird an der kommenden Global Multistakeholder Conference on the Future of Internet Governance (NetMundial) erwartet, welche Ende April 2014 in São Paulo stattfindet. Die Forumsagenda ist äusserst ambitioniert und visiert als Ergebnis einen Konsens zu den universalen Prinzipien des Internets, zu den institutionellen Formen der Internet Governance, sowie zur Erschaffung von Mechanismen, die sich auch den neuen Herausforderungen des Internets stellen können.

Je nach tatsächlichen Resultaten könnte die São Paulo-Konferenz zu signifikanten Veränderungen der existierenden Internet-Governance-Ordnung führen. Die Aufgabe ist aber gewaltig und verlangt die Entschärfung der augenscheinlichen Spannungen zwischen westlich dominierten Internet-Multistakeholder-Institutionen und den Forderungen für eine bedeutende Rolle von Staaten und UN-orientierten intergouvernementalen Institutionen. Die politische Ökonomie der Internet Governance hat bisher stabile Deals verhindert und zahlreiche Akteure in Machtpositionen haben immer noch starke Präferenzen für den Status Quo. Ein wichtiges zu beobachtendes Verhältnis wird dasjenige zwischen Brasilien und der Europäischen Union sein – wenn diese Partnerschaft gelingt, dürfte die Wahrscheinlichkeit steigen, dass sich auch andere Parteien zusammenschliessen. Wenn nicht, bleibt das Internet-Governance-System gespaltet wie bis jetzt zwischen dem EU–US- und dem China–Russland-Block – eine Konstellation, welche wenig zukunftsorientierte Bewegungen erlaubt.

Es ist auf jeden Fall von zentraler Bedeutung, dass sowohl das akademische wie auch das breite Publikum über diese kritischen Entwicklungen informiert werden und ihre Meinungen und Forderungen formulieren können. Denn es stehen essenzielle Aspekte unseres digitalen Lebens auf dem Spiel. □

Mira Burri, Dr. iur., unterrichtet internationales Medienrecht und internationales Wirtschaftsrecht an der Universität Bern. Sie ist Leiterin der Forschungsgruppe «Digital Technologies and Trade Governance», die ein Teil des NCCR Trade Regulation bildet und am World Trade Institute der Universität Bern domiziliert ist. Im Dezember 2013 organisierte sie eine von Swiss Network for International Studies (SNIS) unterstützte internationale Konferenz zum Thema «The Institutionalization of Global Internet Governance: Multistakeholderism; Multilateralism and Beyond», welche die Zukunft der Internet-Regulierung diskutierte.